

Den Kraftwerken fehlt Wasser

Kanton Solothurn Wegen der langen Trockenheit produzieren Wasserkraftwerke kaum Strom – doch das ist nicht ihr einziges Problem.

VON BASTIAN HEINIGER

Endlich fällt Niederschlag! Das zumindest dürften sich die Betreiber von Wasserkraftwerken sagen. Denn seit dem Sommer stockt die Stromproduktion. Schuld daran ist die ausserordentliche Trockenheit, die seit Juni anhält. Der niedrige Wasserstand macht den Kraftwerksbetreibern im Kanton Solothurn noch immer zu schaffen. Viele Turbinen stehen still. Und das seit Monaten.

«Für die Wasserkraft war 2015 kein gutes Jahr», sagt Gabriel Zenklusen vom kantonalen Amt für Umwelt. Die Rechnung sei einfach: Weniger Wasser gäbe weniger Strom. Fallen dann noch andere Stromquellen aus, könne es einen Engpass geben. Die nationale Netzbetreiberin Swissgrid warnte im Dezember, dass die Energieversorgung für den Winter angespannt sei. Begründet wurde dies etwa mit fehlender Bandenergie: Laufwasserkraftwerke produzierten weniger, Speicherseen seien unterdurchschnittlich gefüllt, die Atomkraftwerke Beznau 1 und 2 ausser Betrieb. Unterdessen produziert der Block 2 des Atomkraftwerks im aargauischen Döttingen wieder Strom. Das trage zur Entspannung der Lage bei, teilt Swissgrid auf Anfrage mit. Entwarnung gibt die Netzbetreiberin aber nicht. In den Bergen seien die Füllstände der Speicherseen weiterhin gesunken.

Kraftwerke seien kaum rentabel

Der Energiekonzern Alpiq betreibt im Kanton die Wasserkraftwerke in Flumenthal, Ruppoldingen und Gösigen. Seit Juli produzieren sie 20 bis 30 Prozent weniger als im langjährigen Mittel. «Derzeit erzeugen wir nur etwa ein Drittel der Energie, die wir bei optimalen Wassermengen erzeugen könnten», sagt Alpiq-Sprecher Andreas Meier. Für das Unternehmen heisst das: weniger Umsatz bei gleichbleibenden Kosten. Und das in einem angespannten wirtschaftlichen Umfeld.

Meier spricht vor allem die hohen Gebühren und Wasserzinsen an, die bei den Wasserkraftwerken anfallen. «Die drei Flusskraftwerke der Alpiq an der Aare lassen sich aktuell nicht mehr rentabel betreiben», sagt er. Wenn die Wasserkraft in der Energiestrategie 2050 eine tragende Rolle spielen soll, brauche es bessere Rahmenbedingungen.

Gedrosselt ist die Stromproduktion derzeit auch im Kraftwerk Aarau, das zu 80 Prozent dem Kanton Solothurn gehört. «Durchschnittlich waren in den letzten drei Monaten nur fünf von elf Maschinen in Betrieb, sagt Roland Dätwyler, Medienverantwortlicher bei der Betreiberin IBAAarau. Der Grund sei die niedrige Wasserführung der Aare. Seit Oktober ist diese zwischen 16 bis 37 Prozent unter dem zehnjäh-



In den Solothurner Wasserkraftwerken stehen derzeit viele Turbinen still. Der Grund ist die lang anhaltende Trockenheit – noch fehlt das Wasser. OLIVER MENGE

«Die drei Flusskraftwerke der Alpiq an der Aare lassen sich aktuell nicht mehr rentabel betreiben.»

Andreas Meier Alpiq-Sprecher

rigen Durchschnitt. 2015 entstehen dadurch Einbussen von über sechs Prozent. «Die Kosten für das Betriebspersonal, der Konzession und Amortisation der Anlagen bleiben trotz Minderproduktion aber gleich hoch», sagt Dätwyler.

Auch die Kleineren kämpfen

Im Kanton Solothurn stehen insgesamt zehn grössere Wasserkraftwerke. Gemeinsam decken sie rund die Hälfte des Solothurner Stromkonsums ab. Im Dezember hätte auch das neue Kleinwasserkraftwerk an der Dünnern ans Netz gehen sollen. Nur: «Statt 400 Kilowatt Strom produzierte das Werk 8 Kilowatt», sagt Andreas Appenzeller, Projektbetreuer und Geschäftsleiter der ADEV Wasserkraftwerk AG. Es fehlte an Wasser. Die Produktion wurde zwischenzeitlich eingestellt. Letzten Samstag konnte das Kraftwerk wieder in Betrieb gehen – dank der kürzlich gefallenen Niederschlägen. Appenzeller hofft nun auf weiteren Regen.

Vier Wasserkraftwerke stehen auch am Emmenkanal. Je eins in Biberist und Dendingen, zwei befinden sich in Lutribach. Auch diese liefen nicht gut, sagt Andreas Appenzeller. «2015 war sogar schlechter als 2003.» Wie schlecht, könne er aber noch nicht sagen. Dazu fehle noch die Auswertung der Daten. Doch die tiefe Stromproduktion schlägt auf den Umsatz. «Wir werden 2015 keinen Gewinn machen.» Da die Kraftwerke aber meistens auf lange Jahre finanziert seien, sollte ihnen ein schlechtes Jahr nicht das Genick brechen.

Auch wenn derzeit Wasserkraftwerke weniger Strom produzieren und die allgemeine Lage angespannt ist – frieren wird niemand müssen. Die geringere Produktion hat keinen direkten Einfluss auf die Stromversorgung. Versorger wie die AEK, Regio Energie oder Aare Energie bestätigen, dass der Strom nicht ausgehen wird. Fehlt der Strom in der Schweiz, kommt er halt vom Ausland.

NACHRICHTEN

BINNINGEN

Zu wenig Anmeldungen: Aus für Waldkindergarten

In Binningen wird es ab Sommer 2016 keinen Waldkindergarten geben. Wie es auf der Website der Gemeinde heisst, seien «nur sehr wenige Kinder verbindlich angemeldet worden». An einem Informationsabend im September sei das Interesse hingegen noch beachtlich gewesen. Stattgefunden hätte der Waldkindergarten im Allschwiler Wald. (BZ)

ARLESHEIM

Scheinwerfer sollen Einbrecher fernhalten

Arlesheim installiert vor dem Jugendhaus Scheinwerfer, die Einbrecher abschrecken sollen. In den vergangenen Jahren sei im Jugendhaus wiederholt eingebrochen, teilt die Gemeinde mit. Zwar hätten sich die Diebstähle «in mässigem Rahmen» gehalten, teuer ausgefallen seien jedoch die Sachschäden. Deshalb hat der Gemeinderat nun eine Firma damit beauftragt, eine Aussenbeleuchtung samt Bewegungsmeldern zu montieren. (BZ)

GELTERKINDEN

Bürgerliche: Zwei Neue und drei Bisherige

Der Bürgerliche Zusammenschluss Gelterkinden (BZG) steigt mit fünf Kandidaten in die Gesamterneuerungswahlen von Ende Februar: mit Gemeindepräsidentin Christine Mangold-Bürgin, mit den bisherigen Gemeinderäten Raphael Graf und Thomas Lang sowie mit Stefan Degen und Stefan Ruesch, die sich neu um einen Gemeinderatssitz bewerben. Nicht mehr antreten werden Gabriele Bittel und Thomas Hasler. (BZ)

SCHWARZBUBENLAND

Junge CVP reicht zwei Volksaufträge ein

Die Jungpartei der CVP Kanton Solothurn reichte gestern ihre im Vorjahr lancierten Volksaufträge bei der Staatskanzlei ein. Der eine Volksauftrag fordert ein Pflichtfach Politische Bildung, der zweite stellt die Forderung an die Regierung, den Besuch an ausserkantonalen Wirtschafts-, Informatik- und Handelsmittelschulen wie bisher weiter zu finanzieren (die bz berichtete). Zu den Überbringern der Volksaufträge zählte der Bättwiler Glenn Steiger, Vorstandsmitglied der Jungen CVP Kanton Solothurn. (BZ)

KORREKT

SP und EVP spannen zusammen

In Gelterkinden haben sich für die Gesamterneuerungswahlen der Gemeindebehörden die SP und EVP zusammengetan und nicht SVP und EVP, wie gestern publiziert. Wir bitten um Nachsicht. (BZ)

GASTKOMMENTAR zum gestern veröffentlichten Bundesgerichts-Entscheid betreffend Medikamentenpreise

Auch der Bundesrat hat sich an Gesetze zu halten

Am 7. Januar wurde der Entscheid des Bundesgerichts veröffentlicht, dass sich die dreijährliche Preisüberprüfung von kassenpflichtigen Medikamenten nicht allein auf die Preise im Ausland stützen darf. Mit diesem Entscheid wird definitiv klar, dass die seit 2012 gängige Praxis des Bundesamts für Gesundheit rechtswidrig ist. Der Bundesrat hatte bestimmt, bei der regelmässigen Preisüberprüfung nur noch auf die Preise im Ausland abzustellen und den sogenannten therapeutischen Quervergleich – also den Nutzen des Medikaments – nicht mehr zu berücksichtigen. Der Bundesrat handelte eigenmächtig und ohne gesetzliche Grundlage. Es war deshalb kein Wunder, dass eine betroffene Unternehmung geklagt und vom Bundesverwaltungsgericht bereits im



Elisabeth Schneider
Die Autorin ist seit 2010 Baselbieter CVP-Nationalrätin und wohnt in Biel-Benken.

letzten Jahr Recht bekommen hat. Das Bundesgericht hat nun diesen Entscheid letztinstanzlich gestützt.

Die klaren Worte aus Lausanne sind ein deutliches Signal an den Bundesrat, dass auch er sich an Gesetze zu halten hat. Einen derart zentralen Systemwechsel auf dem Verordnungsweg am Parlament vorbei zu beschliessen, entspricht nicht unserem politischen System. Umso gravierender ist es, weil auch Vorstösse aus National- und Ständerat an den Bundesrat überwiesen wurden mit dem Auftrag, den Medikamentennutzen bei den Preisüberprüfungen stärker zu berücksichtigen.

Zwar hatte der Bundesrat den nun vom Bundesgericht bemängelten Systemwechsel im letzten Jahr korrigiert und

den Nutzen des Medikaments wieder einbezogen. Doch die Korrektur wird dem Entscheid wohl kaum gerecht. Bekanntlich stellt man zurzeit immer noch

«Leider nimmt die Neigung der Verwaltung, den Gesetzgeber zu ignorieren, zu.»

zu zwei Dritteln auf den Auslandspreis ab, was insofern problematisch ist, als der Bundesrat neu noch mehr Länder, die mit der Schweiz hinsichtlich Phar-

maforschung nicht vergleichbar sind, in den Länderkorb aufgenommen hat.

Medikamentenpreise bedürfen einer differenzierten Beurteilung, welche sicher nicht nur auf Preisvergleiche abgestützt werden kann. Der Nutzen der Medikamente ist bei der Beurteilung ebenso wichtig. Gerade er ist Anreiz für unsere Industrie, weiterhin derart intensiv in Forschung und Entwicklung zu investieren. Der Entscheid ist somit für die Life Sciences-Industrie der Region Basel und für den Werkplatz Schweiz zentral.

Die Neigung der Verwaltung, den Gesetzgeber zu ignorieren und auf Verordnungsebene selbst zu schalten und zu walten, nimmt leider stetig zu. Im vorliegenden Fall hat das Bundesgericht deutliche Grenzen gesetzt.